



Conference on the Future of Europe

Zusammenfassender Bericht über die erste und konstituierende Sitzung des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas

Mittwoch, 24. März 2021

17:00-19:00 Uhr, Europa-Gebäude (Sitzungssaal S7, Hybrid-Sitzung)

Teilnehmende: Die Liste der Teilnehmenden befindet sich im Anhang.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen:

Der Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas hat am 24. März 2021 seine erste und konstituierende Sitzung im Gebäude des Rates abgehalten (im Hybrid-Format). Zu dieser Sitzung war in einem Schreiben der Präsidentinnen und Präsidenten der drei EU-Organe eingeladen worden. Der Exekutivausschuss wird die Arbeit, die Verfahren und die Organisation der Konferenz beaufsichtigen.

Diese erste Sitzung fand in einer konstruktiven und positiven Atmosphäre unter dem gemeinsamen Vorsitz der portugiesischen Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Ana Paula ZACARIAS, Kommissions-Vizepräsidentin Dubravka ŠUICA und MdEP Guy VERHOFSTADT statt. Die Teilnehmenden bestätigten ihr Engagement für eine inklusive und transparente Zusammenarbeit im Interesse einer erfolgreichen Konferenz und betonten, dass der Exekutivausschuss als eine Einheit handeln müsse.

Der Exekutivausschuss unternahm erste Schritte, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Kürze zur Konferenz beitragen können, insbesondere über die mehrsprachige digitale Plattform. Die Plattform wurde von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen, und alle unterstützten ihren raschen Start. Im Vorfeld der nächsten Sitzung des Exekutivausschusses werden noch Vorschläge im Zusammenhang mit der Präsentation der Themen gemacht werden, mit dem Ziel, den Start der Plattform am 19. April 2021 zu billigen. Der Ausschuss beschloss, die Entscheidung über die visuelle Identität dem gemeinsamen Sekretariat zu überlassen, mit Unterstützung der jeweiligen Kommunikationsdienste.

Der Ausschuss erörterte die Möglichkeit einer offiziellen Veranstaltung am 9. Mai in Straßburg sowie eine mögliche erste Plenarversammlung der Konferenz am 10. Mai (abhängig von Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie). Außerdem führte er einen Gedankenaustausch über seine interne Arbeitsweise und die Arbeitsweise der Plenarversammlung. Ein Entwurf der Arbeitsweise der Konferenz (Exekutivausschuss und Plenarversammlung) wird erstellt werden; er soll auf der nächsten Sitzung des Exekutivausschusses erörtert und gebilligt werden.

Die nächste Sitzung des Exekutivausschusses ist für den 7. April 2021 geplant.

1. Einleitende Bemerkungen und Gedankenaustausch

In dieser konstituierenden Sitzung des Exekutivausschusses gab es kurze einleitende Bemerkungen von allen Vertretern und Beobachtern. Sie bekräftigten alle ihr Engagement für eine inklusive und transparente Zusammenarbeit und für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz.

Die portugiesische Staatssekretärin ZACARIAS (Ko-Vorsitzende) leitete diesen Tagesordnungspunkt und betonte die Notwendigkeit einer transparenten und inklusiven Zusammenarbeit. Sie erklärte, die Arbeit werde auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung erfolgen.

Die Ko-Vorsitzenden betonten den einzigartigen Charakter der Konferenz als einmalige Gelegenheit, einen gemeinsamen Weg für die Zukunft vorzugeben, wobei die drei EU-Organe erstmals den Bürgerinnen und Bürgern ein direktes Mitspracherecht zur Zukunft Europas einräumen.

Sie unterstrichen, dass dieser Prozess innovativ sein müsse, und wiesen auf das Ziel hin, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen. Die Rolle des Exekutivausschusses für die Lenkung der Konferenz und die Notwendigkeit, als eine Einheit zu handeln, wurden als entscheidend erachtet.

Die Vertreter des Ausschusses betonten, das Hauptziel sei die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den gesamten Prozess. Es wurde bekräftigt, dass eine interaktive Kommunikation sowie ein offenes, inklusives und nutzerfreundliches System erforderlich seien. Der Ausschuss begrüßte die Charta, die von jedem, der an diesem Prozess teilnimmt, zu achten sei. Es wurde betont, dass die Konferenz auch kritische Stimmen hören sollte. Ferner sollte sie achtsam in Bezug auf illegale Inhalte oder Hetze sein. Die Bedeutung der Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an den Plenarversammlungen der Konferenz wurde auch hervorgehoben.

Einige wiesen auf den engen Zeitplan hin sowie auf die Notwendigkeit, die Konsultationen bis Ende des Jahres durchzuführen, damit der gemeinsame Bericht dem gemeinsamen Vorsitz im Frühjahr 2022 unter französischem Ratsvorsitz vorgelegt werden könne.

Einige andere Mitglieder des Ausschusses begrüßten den inklusiven Ansatz, bei dem sämtliche Fraktionen des Europäischen Parlaments sowie die nationalen Parlamente einbezogen werden. Auch wurde das große Interesse der Mitgliedstaaten an der Konferenz unterstrichen.

Andere Vertreter begrüßten die interinstitutionelle Zusammenarbeit bei diesem innovativen Prozess, der auch als eine Art dezentralisierte strategische Vorausschau gesehen werden könne. Einige wiesen darauf hin, dass die Ergebnisse in konkrete Schritte umgesetzt werden müssen, unter anderem über die jeweiligen Arbeitsprogramme der Organe.

Einige Beobachter betonten, dies dürfe nicht eine bloße Anhörung sein, sondern müsse zu einem Raum für Beratungen und eine dynamische europäische Debatte werden, und es müssten die grundlegenden Unterschiede bei den Ansichten zur Union und ihren Werten beachtet werden. Dennoch wurde betont, dass die Konferenz trotz der unterschiedlichen Ansichten mit einer offenen und positiven Einstellung angegangen werden und sich darauf konzentrieren sollte, den Bürgerinnen und Bürgern die Union näherzubringen, wobei aber auch das Subsidiaritätsprinzip zu beachten sei. Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass dies – um von Erfolg gekrönt zu sein – ein ehrgeiziger, transparenter und offener Prozess für alle sein müsse.

Andere Beobachter verwiesen auch auf die positiven Erfahrungen, die die europäischen Regionen mit der Bürgerbeteiligung gemacht haben, und betonten die zentrale Rolle der nationalen Parlamente und deren besondere Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern. Es wurde hervorgehoben, dass auch ein Blick über Europa hinaus notwendig sei und dass der Prozess der Konferenz offen sein sollte. Außerdem wurde unterstrichen, dass die kommenden Ratsvorsitze am meisten in den Prozess eingebunden sein würden; daher sei es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Regierungen und den nationalen Parlamenten zu verstärken.

Die Unterstützung durch den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Wirtschafts- und Sozialausschuss wurde hervorgehoben, sowie ihre Bereitschaft, die Grundsätze der Gemeinsamen Erklärung zu billigen und einen aktiven Beitrag zum Prozess zu leisten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Erfahrungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses mit der Vermittlung zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern sowie Bürgerinnen und Bürgern einen Mehrwert für die Konferenz darstellen würden.

Außerdem wurde unterstrichen, dass die Sozialpartner in die Arbeit der Konferenz einbezogen werden müssten, um eine nichtinstitutionelle Perspektive in den Exekutivausschuss einzubringen. Schließlich wurde bekräftigt, wie wichtig es sei, Themen im Zusammenhang mit den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales zu erörtern. Die eingeladenen Sozialpartner riefen dazu auf, alle anerkannten Sozialpartner in den Exekutivausschuss einzubeziehen.

Fazit: Die Vertreter und Beobachter bekräftigten ihr Engagement für eine inklusive und transparente Zusammenarbeit und für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz zur

2. Gedankenaustausch über die mehrsprachige digitale Plattform und ihren Start

Der Tagesordnungspunkt zur digitalen Plattform wurde von Kommissions-Vizepräsidentin Dubravka ŠUIČA (Ko-Vorsitzende) geleitet. Sie unterstrich die Bedeutung der Plattform als digitaler Dreh- und Angelpunkt der Konferenz; sie müsse – zusammen mit einer Reihe von Grundprinzipien für die Teilnehmenden – gebilligt werden, damit die Debatte unter den Bürgerinnen und Bürgern in Kürze beginnen könne. Sie teilte mit, die Plattform werde Übersetzungen in alle EU-Amtssprachen anbieten und somit eine echte Gelegenheit für eine transnationale Debatte für die Bürgerinnen und Bürger darstellen. Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen könnten direkt über die Plattform Veranstaltungen organisieren und Feedback geben. Um aktiv teilzunehmen und die Plattform zu nutzen, müssten die Bürgerinnen und Bürger sich verpflichten, eine Charta einzuhalten, die unter anderem die in den EU-Verträgen und in der Gemeinsamen Erklärung verankerten Grundsätze enthält. Außerdem werde ein System zur Moderation der Plattform eingerichtet werden. Darüber hinaus betonte sie, dass die Themen denen der Gemeinsamen Erklärung entsprechen. Zusätzlich hätten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unter der Kategorie „Weitere Ideen“ beliebige Diskussionen einzuleiten.

Die Generaldirektorin der Europäischen Kommission für Kommunikation sei vom Ausschuss ersucht worden, einen Vorschlag für eine mehrsprachige digitale Plattform vorzulegen. Die Plattform sei auf größtmögliche Teilnahme, Diskussionsfähigkeit, Zugänglichkeit und Transparenz ausgelegt. Sie sei sowohl als mehrsprachiges interaktives Instrument als auch als digitaler Knotenpunkt für die Konferenz konzipiert, d. h. als einzige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, wo sie alle Informationen im Zusammenhang mit der Konferenz finden und Ideen austauschen könnten und wo die Beiträge einer Vielzahl von Veranstaltungen zusammengetragen würden. Sie werde es ermöglichen, alle Daten zu analysieren, zu überwachen und zu veröffentlichen. Die Kommissarin stellte in ihrer Präsentation auch die vorgeschlagene visuelle Identität der Plattform vor.

In der anschließenden Diskussion wurde die Plattform von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen und es gab Einvernehmen darüber, dass ihr Start so bald wie möglich erfolgen sollte; als mögliches Datum dafür wurde der 19. April 2021 vorgesehen. Es wurden einige Fragen im Zusammenhang mit der Auflistung der Themen vorgebracht, insbesondere ob die Bereiche Migration, Sicherheit, Soziales und Wirtschaft in der Liste der Themen, zu denen die Bürgerinnen und Bürger beitragen könnten, ausreichend berücksichtigt seien.

Die Ko-Vorsitzenden kamen überein, auf der nächsten Sitzung am 7. April einen Vorschlag vorzulegen, der den diesbezüglichen Empfehlungen Rechnung trage.

Daneben wurden Fragen zur Analysekapazität der Plattform, zur Möglichkeit, andere Sprachen als die EU-Amtssprachen zu verwenden und zur Möglichkeit von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern, auf der Plattform zu reagieren, gestellt.

Es wurde bestätigt, dass das Instrument über eine auf künstlicher Intelligenz und Moderation beruhende Analysekapazität verfüge und dass alle erforderlichen Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen ergriffen worden seien. Das Instrument funktioniere uneingeschränkt in den 24 Amtssprachen, und der Ausschuss könne erforderlichenfalls Entscheidungen über praktische Vorkehrungen mit einzelnen Mitgliedstaaten treffen. Bezüglich Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern wurde darauf hingewiesen, dass die Konferenz sich in erster Linie an die Bürgerinnen und Bürger der Union richte, es aber kein Geoblocking geben werde.

Zur visuellen Identität kam der Ausschuss überein, die Entscheidung dem gemeinsamen Sekretariat – mit Unterstützung der jeweiligen Kommunikationsdienste – zu überlassen, und zwar auf der Grundlage der bislang erfolgten Arbeiten, einschließlich der Konsultation der Bürgerinnen und Bürger zu den Elementen der visuellen Identität.

Fazit: Der Exekutivausschuss erörterte die mehrsprachige digitale Plattform und unterstützte einen schnellstmöglichen Start dieses Instruments. Der Ausschuss nahm die Empfehlungen im Zusammenhang mit der Beschreibung der Themen zur Kenntnis, und die Ko-Vorsitzenden werden auf der nächsten Sitzung des Ausschusses Vorschläge vorlegen, damit der Start der Plattform am 19. April erfolgen kann. Der Ausschuss beschloss, die Wahl der visuellen Identität dem gemeinsamen Sekretariat und den jeweiligen

3. Gedankenaustausch über die Arbeitsweise der Plenarversammlung und des Exekutivausschusses

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von MdEP Guy VERHOFSTADT (Ko-Vorsitzender) geleitet. Er beschrieb die wichtigsten Elemente, die in Bezug auf die Arbeitsweise der Konferenz behandelt werden sollten, insbesondere hinsichtlich des Exekutivausschusses und der Plenarversammlung der Konferenz, damit die Arbeit der Konferenz in der Praxis und rechtzeitig für ihre offizielle Eröffnung aufgenommen werden könne; als Bezugsrahmen dafür diene die Gemeinsame Erklärung. Er wies insbesondere darauf hin, dass die neun Vertreter des Exekutivausschusses gemäß der Gemeinsamen Erklärung ihre Beschlüsse per Konsens fassen werden. Die Fragen, mit denen der Exekutivausschuss befasst werde, umfassten die Rolle der Ko-Vorsitzenden, die Rolle der Beobachter sowie die praktischen Modalitäten der Sitzungen des Ausschusses. Er äußerte ferner seine Ansicht, dass das gemeinsame Sekretariat physisch zusammen an einem Standort arbeiten sollte. Was die Plenarversammlung betrifft, so sollten auch ihr Umfang, der Umfang ihrer Delegationen und ihre Beschlussfassung sowie die Gestaltung und Organisation der Bürgerforen behandelt werden. Es fand eine erste Aussprache statt, bei der der Ausschuss unterstrich, dass eine rasche Einigung über die Arbeitsweise der Konferenz und insbesondere des Exekutivausschusses erfolgen müsse. Ferner wurde hervorgehoben, dass dringend andere wichtige Elemente wie die Plenarversammlung und die Bürgerforen erörtert werden müssten. Der Ko-Vorsitzende VERHOFSTADT schlug vor, den anderen Ko-Vorsitzenden vor der nächsten Sitzung des Exekutivausschusses einen Textentwurf für die Geschäftsordnung der Konferenz vorzulegen.

Fazit: Die Ko-Vorsitzenden werden für die nächste Sitzung einen Entwurf der Arbeitsweise des Exekutivausschusses und einen Entwurf der Geschäftsordnung der Konferenz

4. Nächste Schritte und nächste Sitzung

Die Vertreter des Ausschusses kamen überein, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 7. April stattfinden werde. Dabei sollen noch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Start der Plattform, die Vorbereitung der Eröffnungsveranstaltung am 9. Mai und eine mögliche Plenarversammlung sowie die Arbeitsweise des Exekutivausschusses und der Plenarversammlung sowie der Bürgerforen im Mittelpunkt stehen.

Fazit: Die nächste Sitzung des Exekutivausschusses wird am 7. April 2021 stattfinden.

Kontakt: Susanne Höke, Mitglied des gemeinsamen Sekretariats

List of participants:

CO-CHAIR	Mr Guy VERHOFSTADT (Renew Europe, BE), <i>Member of the European Parliament</i>
CO-CHAIR	Ms Ana Paula ZACARIAS (PT), <i>Secretary of State for EU Affairs</i>
CO-CHAIR	Ms Dubravka ŠUICA, <i>Vice-President of the European Commission</i>
Representative	Mr Manfred WEBER, (remote participation) <i>Member of the European Parliament (PPE, DE)</i>
Representative	Ms Iratxe GARCÍA-PÉREZ, (remote participation) <i>Member of the European Parliament (S&D, ES)</i>
Representative	Mr Gašper DOVŽAN (SI), (remote participation) <i>Secretary of State for EU Affairs</i>
Representative	Mr Clément BEAUNE (FR), (remote participation) <i>Secretary of State for EU Affairs</i>
Representative	Mr Maroš ŠEFČOVIČ, (remote participation) <i>Vice-President of the Commission</i>
Representative	Ms Věra JOUROVÁ, <i>Vice-President of the Commission</i>

OBSERVER	Mr Gerolf ANNEMANS <i>Member of the European Parliament (ID, BE)</i>
OBSERVER	Mr Daniel FREUND <i>Member of the European Parliament (Verdes/ALE, DE)</i>
OBSERVER	Mr Zdzisław KRASNOŃBSKI, (remote participation) <i>Member of the European Parliament (ECR, PL)</i>
OBSERVER	Mr Helmut SCHOLZ <i>Member of the European Parliament (The Left, DE)</i>
OBSERVER	Ms Milena HRDINKOVÁ (CZ), (remote participation) <i>State Secretary for EU Affairs</i>
OBSERVER	Mr. Hans DAHLGREN (SE), (remote participation) <i>Minister for EU Affairs</i>
OBSERVER	Mr Juan GONZÁLEZ-BARBA PERA (ES), <i>Secretary of State for EU Affairs</i>
OBSERVER	Ms Sofie WILMÈS (BE), (excused) <i>Minister for Foreign Affairs and Deputy Prime Minister</i>
OBSERVER (COSAC)	Mr Luís Capoulas SANTOS (PT), (remote participation) <i>Chairman of the European Affairs Committee of the Assembleia da República</i>
OBSERVER (COSAC)	Mr Guido WOLF (DE), (remote participation) <i>Chairman of the Committee on European Union Questions of the Bundesrat</i>
OBSERVER (COSAC)	Mr Gunther KRICHBAUM (DE), (remote participation) <i>Chairman of the Committee on European Union Affairs of the Bundestag</i>
OBSERVER (COSAC)	Mr Marko POGAČNIK (SI), (remote participation) <i>Chairman of the Committee for EU Affairs of the Drzavni Zbor</i>
OBSERVER (COSAC)	Mr Bojan KEKEC (SI), (remote participation) <i>Chairman of the Commission for International Relations and European Affairs of the Drzavni Svet</i>
OBSERVER (CoR) Invited	Mr Apostolos TZITZIKOSTAS, (remote participation) <i>President of the European Committee of the Regions</i>
OBSERVER (EESC) Invited	Ms Christa SCHWENG, (remote participation) <i>President of the European Economic and Social Committee</i>
OBSERVER (BusinessEurope) In	Mr Markus BEYRER, (remote participation) <i>Director General of BusinessEurope</i>
OBSERVER (ETUC) Invited	Mr Luca VISENTINI <i>Secretary General of ETUC</i>

CO-HEAD COMMON SECRETARIAT	Ms Katrin RUHRMANN
CO-HEAD COMMON SECRETARIAT	Ms Marta ARPIO
CO-HEAD COMM SECRETARIAT	Mr Colin SCICLUNA
COMMON SECRETARIAT	Ms Patricia JIMINEZ
COMMON SECRETARIAT	Ms Marie-Charlotte VAN LAMSWEERDE
COMMON SECRETARIAT	Ms Susanne HOEKE